

Es würde für Deutschland sehr viel Sinn machen, jetzt eine Steuerreform anzupacken

Glasshouse-Interview mit Professor Richard K. Vedder¹

Wachtberg, 7. Juni 2010

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2009 hat die schwarzgelbe Bundesregierung die historische Chance erhalten, in der Wirtschaftspolitik unseres Landes die Weichen auf Zukunft zu stellen – unter anderem mit einer grundlegenden Steuerreform. „Wir verstehen Steuerpolitik als Wachstumspolitik, denn wir wissen, dass Basis aller Staatsfinanzen die Arbeit der Bürger unseres Landes und die wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen sind. Mehr finanzieller Spielraum ist Voraussetzung für mehr Konsum und mehr Investitionen.“ So heißt es im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP für die jetzige Legislaturperiode. Und weiter: „Die Bürger empfinden aber nicht nur die Höhe der Steuer- und Abgabenlast als demotivierend, sondern auch die Kompliziertheit und Unklarheit des deutschen Steuerrechts. Deshalb wollen wir, dass Steuern ‚einfach, niedrig und gerecht‘ sind.“

Doch statt diese Erkenntnis beherzt in ihrer Politik umzusetzen, hat sich die Bundesregierung in monatelangen Auseinandersetzungen um die Finanzierbarkeit einer grundlegenden Steuerreform geradezu selbst zerfleischt – hat es nicht geschafft, bei Staatsausgaben von jährlich mehr als 1.000 Mrd. Euro (davon mehr als 700 Mrd. Euro für Sozialleistungen) und gleichzeitig Steuereinnahmen auf Rekordniveau² in einen ersten Schritt 20 oder 30 Mrd. Euro für die längst überfällige Reform unseres pervers komplizierten Steuersystems mit etwa 56.000 § aufzubringen. Wieder hören wir: Hierfür sei kein Geld da. Angesichts der Griechenland- und Euro-Krise ist die Diskussion inzwischen sogar gekippt. Statt Steuersenkungen sind jetzt sogar Steuererhöhungen im Gespräch.



Prof. Richard K. Vedder: „Es kann keinen Zweifel geben, dass in Deutschland eine deutliche Reduzierung der Steuerbelastung notwendig ist.“

¹ Professor Richard K. Vedder lehrt Wirtschaftswissenschaften an der Ohio University. Er war unter anderem Berater von Ronald Reagan und Wladimir Putin. Die Russen verdanken Prof. Vedder, dass in ihrem Land 2001 eine Flat Tax mit einem einheitlichen Steuersatz von 13 % für alle Einkommensarten und -höhen eingeführt wurde. Prof. Vedder hat sich mit seinen Publikationen weltweit einen Namen gemacht (das gilt insbesondere für sein Buch ‚Out Of Work – Unemployment and Government in Twentieth-Century America‘).

² Laut der aktuellen Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung bleiben die Steuereinnahmen für die Jahre 2010 bis 2014 trotz der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf hohem Niveau. Demnach können die öffentlichen Haushalte für die Jahre 2010 bis 2014 Steuereinnahmen von insgesamt etwa 2.700 Mrd. Euro erwarten. Allein für das Jahr 2014 prognostiziert der Arbeitskreis Steuereinnahmen von mehr als 580 Mrd. Euro – und damit einen neuen Rekordwert. Bislang war 2008 mit mehr als 560 Mrd. Euro das Jahr mit den höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Aus Sicht von Prof. **Richard K. Vedder** ist das eindeutig das Gegenteil dessen, was Deutschland tun sollte. In diesem Glasshouse-Interview (realisiert in Kooperation mit dem Europäischen Steuerzahlerbund Taxpayers Association of Europe) erklärt der renommierte US-Ökonom, warum Deutschland gerade jetzt die Steuersätze signifikant senken und die Steuergesetzgebung vereinfachen sollte. Seine jüngste Studie 'Besteuerung und Wirtschaftswachstum: Schlussfolgerungen für eine Steuerreform in Deutschland'³ zeigt, dass deutsche Bürger im Durchschnitt deutlich höher mit Steuern belastet werden als die Bürger in Amerika und in anderen OECD-Ländern. Und sie zeigt, warum das eine entscheidende Ursache der ökonomischen Schwierigkeiten unseres Landes ist: Hohe Steuerlasten gehen im Normalfall mit geringerem Wirtschaftswachstum, niedrigeren Netto-Einkommen und weniger Wohlstand einher. Deshalb kann Deutschland seine Wachstumspotenziale bereits seit vielen Jahren nicht ausschöpfen. Mit anderen Worten: Steuersenkungen wären für Deutschland sinnvoll und nützlich. Sie würden höheres Wirtschaftswachstum, uns Bürgern mehr Wohlstand und unserem Staat langfristig höhere Steuereinnahmen ermöglichen.

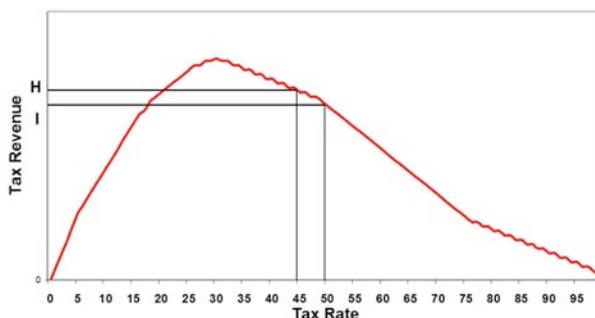
Glasshouse: Agiert die deutsche Bundesregierung im prohibitiven Bereich der Laffer-Kurve⁴, in dem hohe Steuern mit niedrigeren Wachstumsraten einhergehen?

Richard K. Vedder: Angesichts der Ergebnisse meiner jüngsten Studie zu den Steuerlasten in Deutschland und den Erfahrungen aus meinem eigenen Land, den USA, lautet die Antwort offensichtlich ja.

Glasshouse: In welchem Maß sollte Deutschland die Steuern senken?

Richard K. Vedder: Ich denke, wenn Deutschland die Steuerbelastung seiner Bürger um etwa 25 % reduzieren würde, könnte das Land erheblich besser dastehen als heute. Die Frage ist: Könnte es Deutschland noch besser gehen, wenn hier die Steuerbelastung um 30 % oder 40 % reduziert würde? Letztlich ist es sehr schwierig, genau zu beurteilen, welche Steuerbelastung in Deutschland in der derzeitigen Situation optimal wäre. Aber es kann keinen Zweifel geben, dass eine deutliche Reduzierung der Steuerbelastung notwendig ist. Niedrigere Steuern bedeuten höheres Wirtschaftswachstum. Das wiederum heißt für zum Beispiel Familien mehr verfügbare Einkommen, mit dem sie etwa Autos kaufen, reisen oder für eine gute Ausbildung ihrer Kinder und Enkelkinder sorgen können.

The Laffer Curve: Revenues Decline
When High Tax Rates Become More Punitive



Richard K. Vedder: „Die deutsche Bundesregierung agiert im prohibitiven Bereich der Laffer-Kurve.“
Bild: Center for Freedom and Prosperity Foundation / Washington

³ Die Studie ist unter www.taxpayers-europe.com in englischer und deutscher Sprache zum Download verfügbar.

⁴ Die Laffer-Kurve besagt, dass Regierungen bis zu einer bestimmten Steuerbelastung ihre Einnahmen mit einer Erhöhung der Steuersätze steigern können. Doch irgendwann ist der Punkt erreicht, ab dem das Gegenteil eintritt, ab dem Regierungen nach Steuererhöhungen nicht höhere, sondern geringere Steuereinnahmen erzielen, da die hohen Steuersätze die Leistungs- und Investitionsbereitschaft der Bürger reduzieren und damit das Wirtschaftswachstum bremsen.

Glasshouse: Welche Steuern sollte Deutschland senken?

Richard K. Vedder: Aus meiner Sicht haben letztlich alle Steuern negative Wirkungen. Alle Steuern bedeuten für die Bürger nicht nur unmittelbare finanzielle Belastungen. Vielmehr demotivieren hohe Steuersätze die Menschen, genauso viel zu arbeiten und zu investieren, wie sie das bei niedrigeren Steuersätzen tun würden. Folglich führen hohe Steuern zu Wohlstandsverlusten über die Zahlungen hinaus, die Bürger an den Staat leisten müssen. Steuern auf Einkommen sind besonders schädlich. Sie haben in aller Regel eine stärkere negative Wirkung als Konsumsteuern wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer. Aus meiner Sicht haben auch Erbschaftssteuern tendenziell eine vergleichsweise negative Wirkung. Entsprechend würde ich eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Körperschaftssteuer und die Abschaffung der Erbschaftssteuer empfehlen.

Glasshouse: Das heißt, hohe Steuern belasten die Bürger insgesamt stärker als man das anhand der von Regierungen vereinnahmten Steuergelder ablesen kann?

Richard K. Vedder: Die Steuereinnahmen der Regierung sind letztlich kein geeigneter Maßstab für die gesamte Steuerlast der Bürger. Verschiedenen Studien in den USA zufolge, wo die Steuerbelastung niedriger ist als in Deutschland, entsprechen die Wohlstandsverluste inklusive der verschwendeten Steuergelder insgesamt etwa 15 bis 25 % der Steuereinnahmen. Es wäre überraschend, wenn diese Zahlen in Deutschland geringer wären. Angesichts der hohen Grenzsteuersätze in Deutschland kann es gut sein, dass diese Wohlstandsverluste hier sogar höher sind.



Richard K. Vedder: „Steuern bedeuten für die Bürger nicht nur unmittelbare finanzielle Belastungen. Vielmehr demotivieren hohe Steuersätze die Menschen, genauso viel zu arbeiten und zu investieren, wie sie das bei niedrigeren Steuersätzen tun würden.“

Glasshouse: Kürzlich hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eine größere Steuerreform vor dem Hintergrund der hohen Haushaltsdefizite vor 2013 abgeschlossen. Macht eine Fiskalpolitik Sinn, die Steuersenkungen für die Zukunft in Aussicht stellt?

Richard K. Vedder: Es würde für Deutschland sehr viel Sinn machen, jetzt eine Steuerreform anzupacken. Und diese Steuerreform müsste sich vermutlich über mehrere Jahre hinweg erstrecken. Würde die Politik gegenüber den Bürgern ankündigen, dass ihre Steuerbelastung erst heute, dann nächstes Jahr und schließlich noch einmal übernächstes und je nachdem in drei Jahren noch einmal sinkt, würde das vermutlich enorme unternehmerische Initiative freisetzen und zu einem Wachstumsschub führen. Deshalb befürworte ich Steuersenkungen, die nach ihrer Ankündigung über mehrere Jahre hinweg realisiert werden.

Glasshouse: Aber würde nicht das Risiko bestehen, dass viele Bürger ihr unternehmerisches Engagement so lange zurückstellen, bis die Steuersenkungen wirksam werden?

Richard K. Vedder: Das ist die große Gefahr. Aus diesem Grund muss wenigstens ein Teil der Steuersenkungen sofort wirksam werden. Nehmen wir einmal an, die Lohn- und Einkommensteuer sollte um 30 % gesenkt werden. 10 % davon könnten sofort, 10 % im nächsten Jahr und 10 % im darauf folgenden Jahr realisiert werden. Das war die Idee des Kemp-Roth-Steuergesetzes⁵. Reagan hat eine solche Politik vom Grundsatz her in den USA realisiert.

Selbstverständlich kann man nicht Steuersenkungen für zum Beispiel 2015 im Voraus ankündigen. Das könnte die aktuelle wirtschaftliche Situation eher noch verschlechtern. Die Bürger haben zur Politik kein großes Vertrauen und schenken solchen Versprechen wenig Glauben. Das ist in Deutschland nicht anders als in meinem Land und überall sonst auf der Welt. Ich denke, die Bürger wollen den Beweis, dass Steuersenkungen auch wirklich kommen.

Deutschland sollte eine Steuerreform angehen. Haushaltsprobleme können kein Grund sein, das nicht zu tun. Agieren Staaten im prohibitiven Bereich der Laffer-Kurve, unterdrücken mit ihrer Politik also das Wirtschaftswachstum, sind die fiskalpolitischen Wirkungen von Steuersenkungen sicherlich positiv.

Glasshouse: Aber Schäuble verweist darauf, dass sich Deutschland an den Stabilitätspakt der EU halten und deshalb erst seinen Haushalt konsolidieren muss, bevor an Steuersenkungen zu denken sei.

Richard K. Vedder: Der Ansatz, wir müssen erst unseren Haushalt konsolidieren, bevor wir über eine Steuerreform und Steuersenkungen sprechen, hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert. Genau das Gegenteil ist wahr. Werden Steuern gesenkt, wird Druck auf Politiker ausgeübt, auch die Staatsausgaben zu reduzieren. Das große Problem ist, dass Regierungen zu viel Geld ausgeben wollen. Zudem kommt es entscheidend darauf an, wie Regierungen das Geld der Steuerzahler ausgeben. Zum Beispiel Investitionen in die Infrastruktur haben sicherlich eine positivere Wirkung als Ausgaben, die die Arbeits- und Sparanreize der Bürger verringern – wie das beispielsweise bei Zahlungen für Langzeit-Arbeitslose der Fall ist.

Glasshouse: Vor einiger Zeit hat Deutschland sein Grundgesetz um einen Paragraphen ergänzt, der Haushaltsdefizite in einer Größenordnung von mehr als 0,35 % vom Bruttoinlandsprodukt nur noch in Ausnahmefällen erlaubt. Ist das aus Ihrer Sicht wirklich ein Sieg für die Steuerzahler?

Richard K. Vedder: Einige US-Steuerzahlerorganisationen haben vergleichbare Verfassungsergänzungen unterstützt. Vom Grundsatz her ist das wahrscheinlich eine gute Sache. Aber viele Leute vertrauen zu sehr darauf, dass sich auf diese Weise ernsthaft der Staatseinfluss reduzieren bzw. der Staatsapparat verkleinern lässt. Das Problem der Steuerzahler ist ganz einfach, dass die Staatsapparate zu groß geworden sind. Ich befürworte Steuersenkungen auch deshalb, weil sie aus meiner Sicht ein guter Weg sind, Regierungen zur Kürzung der Staatsausgaben zu zwingen.

Normalerweise sollte die Fiskalpolitik aber aus Verfassungen herausgehalten werden. Dennoch habe ich vergleichbare Bestrebungen zur Ergänzung der Verfassung gelegentlich unterstützt, wenn ich davon ausgehen konnte, dass sie sich als Weg zur Verkleinerung der Staatsapparate erweisen würden.

⁵ Das Kemp-Roth-Steuergesetz vom 15. März 1978 forderte die Reduzierung der Steuersätze in der Lohn- und Einkommensteuer quer über alle Einkommensklassen hinweg in einer Größenordnung von 30 % binnen drei Jahren. Es wurde von Ronald Reagan in seinem Wahlkampf 1980 unterstützt und 1981 im Zuge der Reagan-Steuersenkungen weitgehend in Gang gesetzt. Das zentrale Argument des Kemp-Roth-Gesetzes war die Überlegung, dass niedrigere Steuersätze die Nettoeinkommen sowohl der Einkünfte aus Arbeit als auch aus Kapital erhöhen und über die verstärkten Leistungsanreize das Wirtschaftswachstum fördern würde.

Glasshouse: Aber könnten entsprechende Verfassungsänderungen Politikern nicht als Ausrede dienen, ihre Hochsteuerpolitik beibehalten zu müssen?

Richard K. Vedder: Ja. Exakt deshalb stehe ich solchen Vorschlägen grundsätzlich skeptisch gegenüber. Auch in Amerika wird das Argument häufig gebraucht: Erst müssen wir den Haushalt ausgleichen. Dann können wir über Steuersenkungen sprechen. Das ist keine gute Strategie. Solange Regierungen ihre Ausgaben nicht kürzen, setzt diese Strategie ausgeglichene Haushalte und damit hohe Steuern geradezu verfassungsmäßig voraus.

Glasshouse: Die Geschichte hat eindrucksvoll belegt, dass größere Steuersenkungen in aller Regel zu stärkerem Wirtschaftswachstum führen und damit einen Selbstfinanzierungseffekt haben. Wie stark ist dieser Effekt im Normalfall?

Richard K. Vedder: Reduzieren Länder mit niedrigen Steuern wie etwa Hongkong ihre Steuersätze, bin ich nicht sicher, dass das einen sehr großen Effekt haben würde. Würde dagegen Deutschland die Steuerbelastung seiner Bürger reduzieren, würde das angesichts der hohen Grenzsteuersätze in entscheidender Weise das wirtschaftliche Verhalten der Bürger beeinflussen. Diese Effekte wären sicherlich sehr stark. Allerdings würden sie nicht sofort eintreten. Werden Steuersenkungen angekündigt, braucht das zwei bis drei Jahre, bis sie ihre volle Wirkung entfalten. Aber diese Effekte wirken sehr stark, wenn Steuersätze so hoch wie in Deutschland sind.

Glasshouse: Wie stark waren diese Selbstfinanzierungseffekte nach den Steuersenkungen Reagans?

Richard K. Vedder: Die Steuersenkungen von Ronald Reagan hatten eine außerordentliche starke Wachstumswirkung – aber auch sie erzielten diese Wirkung nicht über Nacht. Letztlich erstreckten sich die Steuersenkungen Reagans über vier Jahre. Im ersten Jahr der Steuersenkungen betrug die Arbeitslosenquote in den USA im Durchschnitt um 10 %. Drei Jahre später lag sie unter 7 %. Die USA erzielten hohe Wachstumsraten von zeitweilig um 7 % des Bruttoinlandsprodukts⁶. Die Steuereinnahmen stiegen gewaltig. Am Ende der vierjährigen Periode waren die Steuereinnahmen deutlich höher als am Beginn dieser Periode⁷. Es liegt doch auf der Hand, dass eine gesunde Volkswirtschaft höhere Steuereinnahmen erwirtschaftet als eine kranke. Entsprechend hatten die Steuersenkungen einen kräftigen Selbstfinanzierungseffekt, wie ihn die Laffer-Kurve beschreibt.



Richard K. Vedder: „Der Ansatz, wir müssen erst unseren Haushalt konsolidieren, bevor wir über eine Steuerreform und Steuersenkungen sprechen, hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert. Genau das Gegenteil ist wahr. Werden Steuern gesenkt, wird Druck auf Politiker ausgeübt, auch die Staatsausgaben zu reduzieren.“

⁶ In den ‚Seven Fat Years‘ zwischen Mitte 1983 und Mitte 1990 nahm das Bruttoinlandsprodukt der USA um etwa 31 % zu, also etwa um ein Drittel.

⁷ In den ‚Seven Fat Years‘ stiegen die Steuereinnahmen um etwa 39 %, also noch schneller als das Bruttoinlandsprodukt.

Es kann sein, dass Steuersenkungen zunächst zu leicht sinkenden Steuereinnahmen führen. Betrachtet man die Steuereinnahmen allerdings nach zwei oder drei Jahren, wird eine enorme Wirkung erkennbar. Gleiches gilt für die langfristige Wirkung auf das Wachstum. Folglich können Steuersenkungen vorübergehend zu Defiziten führen. Die werden aber letztlich wohl kaum höher sein als die Defizite, die ohne Steuersenkungen bei niedrigerem Wirtschaftswachstum auftreten würden. Insbesondere in Europa, wo die Steuersätze hoch sind und sich die Steuern auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene zu hohen Steuerlasten summieren, wären die Selbstfinanzierungseffekte von Steuersenkungen sicherlich sehr stark. Die Sorgen um die Defizite sind übertrieben.

Glasshouse: Die wahren Angebotsökonomien um Reagan haben niemals versprochen, die Steuersenkungen hätten einen vollständig selbstfinanzierenden Effekt. Sie haben stets argumentiert, die Staatsausgaben müssten ebenfalls gekürzt werden, sollten Defizite vermieden werden. Letztlich hat Reagan Steuersenkungen bekommen. Doch der Kongress hat die Staatsausgaben nicht gekürzt. Reagan sagte immer wieder, dafür gebe es 535 Gründe – die Zahl der Abgeordneten im Senat und im Repräsentantenhaus des US-Kongresses. Was kann Deutschland von Reagans Erfahrungen lernen?

Richard K. Vedder: Was Deutschland überlegen muss: Sind nennenswerte Ausgabenkürzungen vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Situation und angesichts der Art und Weise, wie Deutschland politisch organisiert ist, überhaupt möglich? Ich würde darauf hinweisen und betonen, dass Deutschland angesichts seiner alternden Bevölkerung aus finanzpolitischer Sicht auf das Unglück zusteuert und deshalb hier signifikante Veränderungen unabdingbar sind. Sicherlich wird Deutschland manche der Transferleistungen, die heute an Bürger gezahlt werden, kürzen müssen. Möglicherweise ist eine bundesweite Aktion erforderlich, um die breite Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen, dass diese Veränderungen notwendig sind und der Einfluss der Interessengruppen überwunden werden muss. Deutschland braucht eine große Vision. Wäre diese breit und kühn genug angelegt, könnte sie erfolgreich umgesetzt werden. Das ist letztlich eine politische Frage.

Wir hatten in den USA in 1986 vorübergehend eine Flat Tax in Höhe von 28 %. Zuvor haben alle gesagt, so etwas sei nicht möglich, da die Interessengruppen solches nicht zulassen würden. Ganz klar: Wenn man versucht, an einzelne Steuerprivilegien oder Ausgaben heranzugehen, werden die Lobbyisten – die Interessengruppen – immer versuchen, die entsprechenden Veränderungen zu verhindern. Präsentiert man dagegen ein ganzes Maßnahmenpaket, sind die Aussichten auf Erfolg größer. Das ist eine der politischen Erfahrungen der 80er Jahre.

Glasshouse: In Deutschland vertritt derzeit niemand einen solch breiten Ansatz.

Richard K. Vedder: Bei uns in Amerika ist das in aller Regel auch nicht der Fall. Dafür ist ein spezieller Politiker-Typus erforderlich, der von der Öffentlichkeit in besonderer Weise respektiert wird. Das setzt Persönlichkeiten mit außergewöhnlichen kommunikativen Fähigkeiten und großer Bereitschaft voraus, politische Risiken einzugehen. Solche Persönlichkeiten müssen über außergewöhnliche Eigenschaften verfügen. Leider sind solche Persönlichkeiten Mangelware. Nicht nur in Deutschland, sondern heutzutage auch weltweit.

Glasshouse: Offensichtlich gibt es noch einen weiteren Grund, warum sich unsere Regierung nicht an eine größere Steuerreform heranwagt: In Deutschland glauben viele Leute, wir bräuchten hohe Steuern und eine breite Umverteilung des Wohlstands, um die Ungleichheiten in der Einkommensverteilung zu verringern. Laut der kürzlich veröffentlichten OECD-Studie 'Income Distribution and Poverty in OECD countries' wurde die Zunahme der Ungleichheit in der Einkommensverteilung in den USA nach den Steuersenkungen Reagans abgebremst. Wie hat dieser Effekt funktioniert?

Richard K. Vedder: Diese Frage berührt im Kern einen Sachverhalt, den viele Menschen nicht verstehen. Steuersenkungen beeinflussen das Verhalten der Bürger auf allen Einkommensebenen. Natürlich führen Steuersenkungen bei reichen Leuten und reichen Investoren zu einem veränderten Verhalten. Aber genauso auch bei Leuten mit niedrigeren Einkommen. Auch bei ihnen nehmen die Anreize zu, mehr zu arbeiten, mehr Häuser zu kaufen und eine Vielzahl sonstiger Aktivitäten zu unternehmen, die sie ansonsten nicht anfassen würden. Viele haben Reagan unterstellt, ein Mann der Reichen gewesen zu sein. Aber gerade die armen Leute und die Bürger der Mittelschicht konnten in den 80er und auch in den 90er Jahren mehr konsumieren. Es herrschte eine weitaus größere Gleichheit als das der Fall gewesen wäre, wären die Steuern auf dem gleich hohen Niveau geblieben, auf dem sie waren, bevor Reagan das Amt übernahm.

Man darf die Einkommensverteilung nicht aus einer kurzfristigen Perspektive, sondern man muss sie aus einer langfristigen Perspektive betrachten. Man darf nicht ein Jahreseinkommen der Bürger herauspicken. Vielmehr gilt es, die Einkommensverteilung über die Lebenszeit hinweg zu betrachten. Bieten Gesellschaften ihren Bürgern attraktive wirtschaftliche Möglichkeiten und geeignete Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum, stehen ihren Bürgern langfristig mehr Arbeitsplätze zur Verfügung. Und es werden sich mehr Bürger um gute Schulabschlüsse bemühen, da sie mehr von ihrem Einkommen behalten können und mehr neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Solche Gesellschaften bieten einfach bessere Chancen. Es werden weniger Leute auf die Idee kommen, ins Ausland zu ziehen oder im Ausland zu investieren. Deshalb sind die Bürger mit niedrigeren Einkommen – langfristig betrachtet – diejenigen, die am meisten von niedrigen Steuern und Wirtschaftswachstum profitieren. Sie sind diejenigen, die sich am unteren Rand der Gesellschaft befinden. Sie sind die Arbeitslosen. Und sie sind diejenigen, die neu geschaffene Arbeitsplätze bekommen. Nicht die Reichen bekommen die neuen Arbeitsplätze. Sie haben längst ihre Arbeitsplätze.



Richard K. Vedder: „Wir verfolgen nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine moralische Mission. Denn unsere Kinder, unsere Enkelkinder und unsere Urenkelkinder sind wehrlos gegenüber dem steuerpolitischen Umfeld, in dem sie leben müssen bzw. in das sie hineingeboren werden. Die erste Aufgabe jeder Generation ist es, die nächste Generation zu schützen. Mit jeder Ausweitung des Sozial- und Wohlfahrtsstaats tun wir das Gegenteil.“

Glasshouse: *Sind angebotsorientierte Steuersenkungen also generell ein Weg zur Reduzierung der ungleichen Einkommensverteilung?*

Richard K. Vedder: Langfristig ja, nicht notwendigerweise aber kurzfristig. Politiker sehen in aller Regel nur die kommenden ein, zwei Jahre bis zu den nächsten Wahlen. Aber wir Bürger beschäftigen uns in aller Regel mit der Frage, wo wir in fünf oder sogar in 20 Jahren stehen werden. Und wir denken an das Wohl unserer Kinder und Enkelkinder.

Glasshouse: *Würden Sie Deutschland ein Steuersystem empfehlen, das auf einer Flat Tax basiert?*

Richard K. Vedder: Steuersysteme mit einer Flat Tax funktionieren hervorragend. Man muss kein Wissenschaftler sein, um die Fortschritte in Osteuropa von heute beurteilen zu können. Große Teile Osteuropas sind vom Flat Tax-Fieber erfaßt – angefangen bei Estland seit 1994 bis hin zu sogar Russland seit 2000. Die Tatsache, dass die Wachstumsraten in

den meisten osteuropäischen Ländern durchschnittlich etwa zwei- bis dreifach höher waren als in der EU, unterstreicht die Möglichkeiten, die sich Volkswirtschaften erschließen, wenn sie auf vergleichsweise niedrige Steuern setzen. Natürlich wäre ein Teil dieses Wachstums zum Beispiel angesichts der niedrigen Arbeitskosten ohnehin entstanden. Und natürlich sind Unternehmen von West nach Ost umgesiedelt. Aber das Wirtschaftswachstum ist zweifellos durch die Flat Tax-Revolution massiv beschleunigt worden. Es kann keinen Zweifel geben, dass eine Flat Tax auch das Wirtschaftswachstum in Deutschland fördern würde. Man kann Fragen der Einkommensverteilung übrigens auch in Steuersystemen lösen, die auf einer Flat Tax basieren.

Glasshouse: In Deutschland ist die Flat Tax nach wie vor nicht populär.

Richard K. Vedder: Das ist sehr schade. Allerdings hat die Erweiterung der EU zu einer Nettowanderung von Unternehmen in den Osten geführt. Deshalb ist es für die westlichen Länder zu kostspielig geworden, sich hohe Grenzsteuersätze zu leisten. Der internationale Steuerwettbewerb ist das Beste, was der EU und Deutschland geschehen konnte. Der größte Fortschritt für die Fiskalpolitik in der jüngeren Geschichte der EU ist der Steuerwettbewerb, der in erster Linie auf den Flat Tax-Steuersystemen beruht.

Glasshouse: Wie weit kann Steuerwettbewerb letztlich gehen?

Richard K. Vedder: Grundsätzlich so weit, bis es keine Steuern mehr gibt. Ich glaube aber nicht, dass es eine Welt ohne ein gewisses Minimum an staatlicher Lenkung geben kann. Deshalb wird es immer irgendwelche Steuern geben. Aber Europa ist aus steuerlicher Sicht weit, weit von diesem Zustand entfernt. Eventuell ist aber in Europa eines Tages ein Zustand erreichbar, wo die Lohn- und Einkommensteuern abgeschafft werden oder alle Staaten den Flat Tax-Einkommensteuersystemen der Slowakei und Russlands nacheifern. Das wären tatsächlich revolutionäre Veränderungen. Und für diese gibt es jede Menge Raum. Lang lebe die Slowakei! Lang lebe Estland! Lang lebe jeder Staat, der mit der französisch-deutschen Doktrin des Hochsteuer- und des ausufernden Sozial- und Wohlfahrtsstaats bricht!

Unseren Kindern und Enkelkindern wird es besser gehen, sie werden in einer interessanteren Welt und in größerer Prosperität leben können, wenn es uns gelingt, die Steuerlasten zu verringern, denen ansonsten auch sie ausgesetzt sein werden. Deshalb verfolgen wir nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine moralische Mission. Denn unsere Kinder, unsere Enkelkinder und unsere Urenkelkinder sind wehrlos gegenüber dem steuerpolitischen Umfeld, in dem sie leben müssen bzw. in das sie hineingeboren werden. Die erste Aufgabe jeder Generation ist es, die nächste Generation zu schützen. Mit jeder Ausweitung des Sozial- und Wohlfahrtsstaats tun wir das Gegenteil. Schließlich müssen wir diese Ausweitung bezahlen. Und das tun wir in aller Regel über die Steuern.

Glasshouse: Aus Sicht mancher Wissenschaftler sind Einkommensteuern eine Voraussetzung dafür, dass die Regierungen das Wirtschaften dem privaten Sektor der Volkswirtschaft überlassen – und somit der Preis der wirtschaftlichen Freiheit sind. Sehen Sie das auch so?

Richard K. Vedder: Nein. Aus meiner Sicht stimmt das Gegenteil. Amerika wurde im 19ten Jahrhundert die stärkste Nation der Welt und entwickelte eine faire, gerechte und florierende Gesellschaft – und das ohne jede Form von Einkommensteuer. Einkommensteuern sind eine Erfindung des 20sten Jahrhunderts. Ökonomen stimmen heute generell darin überein, dass Einkommensteuern als Steuern auf produktive Aktivitäten einen stärkeren negativen Effekt haben als Konsumsteuern.

Glasshouse: Können Sie sich vorstellen, dass die USA eines Tages die Einkommensteuern abschaffen werden?

Richard K. Vedder: Ginge es nach den Bürgern, ja. Vielleicht werden wir eines Tages auf eine ‚National Sales Tax‘ umsteigen, die eine Art Mehrwertsteuer ist. Womöglich ist das kurzfristig nicht realistisch. Längerfristig könnte das allerdings durchaus geschehen. Sagen mir Leute, etwas Bestimmtes sei nicht möglich, erinnere ich sie immer daran, dass noch in 1990 niemand das Verschwinden der Sowjetunion für möglich gehalten hätte. Und dennoch ist dieses geschehen. Deshalb denke ich, die USA werden eventuell die Einkommensteuer abschaffen. Das wird aber wohl kaum über Nacht geschehen.

Glasshouse
Center for Studies
on a Free Economy

53343 Wachtberg / Germany
Phone +49-228-858261
Mail to info@glasshouse-europe.org
www.glasshouse-europe.org

Glasshouse interview 4 / 2010